

Nationen und im Sicherheitsrat üblich sind, in den Fachtagungen Zeit und Kräfte über Gebühr beanspruchen und dadurch die Bemühungen zu unterminieren drohen, jene wesentlichen sachlichen Fragen ernsthaft zu behandeln, die von diesen Gremien erörtert werden sollen.

Das ist eine bedauerliche Entwicklung. Andererseits müssen wir uns jedoch darüber klar sein, daß der Eindruck immer häufigerer sachfremder politischer Diskussionen in den letzten Jahren durch die Plötzlichkeit und Beharrlichkeit verstärkt wurde, mit der die Länder des Westens bei vielen in der UNO zur Debatte stehenden Fragen in eine Minderheitsposition geraten sind. Über diese Tatsache ist wiederum von den Massenmedien eingehend, zum Teil in sehr hoch gespielter Weise, berichtet worden.

Nahostbeschlüsse

Dabei fallen einem die drei Israel betreffenden Beschlüsse ein, die 1974 auf der Unesco-Generalkonferenz gefaßt wurden. Wie Sie sich erinnern, ging es bei einem dieser Beschlüsse um Israels Antrag auf Mitgliedschaft in der europäischen Unesco-Gruppe. Trotz kanadischer Unterstützung wurde Israel diese Mitgliedschaft verweigert. Es ist sehr bedauerlich, daß auf Grund der übertrieben dramatisierten Berichterstattung durch die Presse der Eindruck entstanden ist, Israel sei aus der Unesco ausgeschlossen worden, obwohl sich diese Frage, wie Sie wissen, niemals erhoben hat.

Bei den beiden anderen Beschlüssen ging es um die nach langwierigen Debatten erfolgte Annahme von zwei Resolutionen, eine über Jerusalem, die andere über die besetzten Gebiete. Nach Ansicht der kanadischen Regierung wurden die Unesco und andere Sonderorganisationen aber nicht gegründet, um derartige politische Fragen zu erörtern und sind weder beauftragt noch befähigt, solche Beschlüsse zu fassen. Im speziellen Falle des Nahen Ostens liegt auf der Hand, daß diese großen politischen Fragen nicht in angemessener Weise von einem Gremium wie der Unesco berücksichtigt werden können, deren Zuständigkeit auf Erziehung, Wissenschaft und kulturelle Angelegenheiten beschränkt ist. Aus diesen Gründen mißbilligt Kanadas Regierung öffentlich die häufigen politischen Diskussionen in der Unesco und das Vorbringen von Fragen, die mit dem Zweck, zu dem diese Sonderorganisation gegründet wurde, überhaupt nichts zu tun haben.

Finanzielle Schwierigkeiten

Wir haben innerhalb der Unesco unser Mißfallen deutlich zum Ausdruck gebracht und unsere entschiedene Überzeugung betont, daß politisch motivierte Entschliessungen nicht die gewünschten Ergebnisse zeitigen und die Wirksamkeit der Organisation herabsetzen können. Dabei habe ich jedoch berücksichtigt, daß unsere Stellungnahme maßvoll und konstruktiv sein muß und daß wir durch aufsehenerregendere Schritte weder den Interessen Kanadas noch denen der Unesco dienen würden. Ich hege keinen Zweifel daran, daß unser Vorgehen richtig war, wenn nicht alle die nützlichen, politisch neutralen Programme der Unesco aufs Spiel gesetzt werden sollen. Als verantwortungsbewußtes Unesco-Mitglied zahlt Kanada nach wie vor gemäß den Finanzbestimmungen der Organisation pünktlich die ihm auferlegten Beiträge. Es ist bedauerlich, daß nicht alle Mitglieder zu einem ähnlichen Verhalten veranlaßt wurden und daß die Unesco infolgedessen jetzt ernstliche finanzielle Schwierigkeiten hat.

Unesco-Generalsekretär M^lBow hat die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr um zinslose Anleihen ersucht. Kanada konnte dieser Bitte nicht stattgeben, ehe andere Möglichkeiten eingehend geprüft worden waren, darunter Anleihen zu handelsüblichen Sätzen, durch welche alle Mitgliedstaaten je nach ihrer Zahlungsfähigkeit einen Beitrag zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten der Unesco